

Weshalb die Volksparteien in Europa am Ende sind

Was Fortschritt bedeuten soll, ist unklar geworden. Das führt dazu, dass unser politisches Koordinatensystem aufbricht



Paul Widmer

In Europa ist die Zeit für Volksparteien abgelaufen. Wie Herbstblätter fallen sie von den Bäumen. Einige hängen noch an den Ästen; aber am Vergilben sind sie alle. Parteien mit einem festen Programm, mit geschichtsmächtigen Ideen und allgemein definierten Interessen: Das war einmal – wenn auch, historisch betrachtet, nur für kurze Zeit, in Kontinentaleuropa gerade einmal 150 Jahre lang, von der Mitte des 19. bis Ende des 20. Jahrhunderts.

Und jetzt? Jetzt haben wir wieder personenbezogene Wahlen und Ein-Thema-Wähler. Die Massen bewegen sich von den Traditionsparteien weg zu neuen Ad-hoc-Gruppierungen. Nach dem Zerfall der Democrazia cristiana pflügte Berlusconi die italienische Parteienlandschaft bis zur Unkenntlichkeit um. In Frankreich tat es ihm Macron mit seinem kometenhaften Aufstieg gleich. In Tschechien stieg Babis aus dem Nichts auf – und wird wohl wieder dort landen. Von dem Wandel blieb auch Österreich nicht verschont. Der smarte ÖVP-Kandidat Kurz

stürzte sich mit der «Liste Sebastian Kurz. Die neue Volkspartei» in den Wahlkampf. Dieser Titel zeigte bereits, dass es vornehmlich um seine Person und nur nebenher noch um eine staatstragende Partei ging.

Was bedeutet das? Den Zusammenbruch des alten Parteiensystems. Überrascht sollte man nicht sein. Unter der Oberfläche funktionierte einiges schon seit längerem nicht mehr richtig. Die Mechanik begann in den siebziger Jahren zu stottern. Mit der Energiekrise drangen plötzlich die Grenzen des Wachstums ins Bewusstsein. Die negativen Folgen des Fortschritts machten sich im Raubbau an Ressourcen und in Schäden an der Umwelt bemerkbar. Plötzlich galt das bisher unumstössliche Credo nicht mehr. Es hatte gelaute: In Zukunft wird alles besser; der Fortschritt wird es richten. Doch nun zeigte sich, dass die negativen Nebenwirkungen einschneidender sein konnten als der positive Zuwachs. Was bisher als Fortschritt erschien, nahm sich aus anderer Sicht als Rückschritt aus. Damit geriet der Schlüsselbegriff für die Neuzeit, der Fortschritt, ins Wanken. Und die politischen Parteien verloren ihren Kompass. Denn alle orientierten sich am Fortschrittsbegriff. Der Revolutionär wollte den ungestümen Fortschritt, der Progressive den raschen, der Konservative den gebremsten und der Reaktionär den gekippten.

Diese Zuordnung ist, wie gesagt, vorbei. Was progressiv sein soll, ist heute nicht mehr



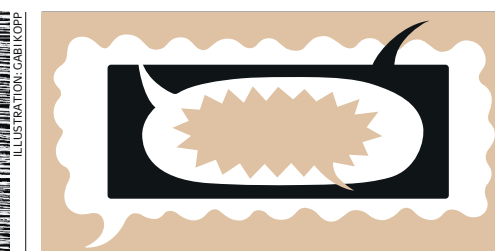
Damit landen wir wieder dort, wo wir vor dem Aufbruch ins Zeitalter des Fortschritts waren: bei Glaubenssachen.

klar. Das hat grosse Auswirkungen. Wenn man nicht mehr sagen kann, was fortschrittlich ist, kann man auch nicht sagen, was konservativ sein soll. Denn das eine korreliert mit dem andern. Die beiden Vokabeln bilden zusammen eine Zeitachse. Diese ist offensichtlich kaputt. Deshalb versucht die Linke, den Fortschrittsbegriff mit der richtigen Gesinnung, dem politisch Korrekten, zu ersetzen. Damit landen wir wieder dort, wo wir vor dem Aufbruch ins Zeitalter des Fortschritts waren: bei Glaubenssachen.

Aber viele merken den Wandel noch nicht. Deshalb laden die Unbedarfteren unter den politisch Gesinnten das Etikett «konservativ» mit disqualifizierenden Beiwörtern auf. In der «Tagesschau» oder in anderen politischen Programmen wird dann aus konservativ rechtskonservativ, nationalkonservativ, ultrakonservativ und dergleichen mehr. Analytisch ist damit nichts gewonnen. Aber wenigstens wird die Leere, die der Rückzug des Fortschrittsbegriffs hinterlässt, mit viel Getöse übertönt.

PS. Die Schweiz ist teilweise ein Sonderfall. Weil die Stimmbürger ihren Unmut bei Sachfragen an der Urne ablassen können, werden Parteien bei Wahlen weniger abgestraft. Die verbale Kraftmeierei in Politik und Medien steht dem Ausland jedoch in nichts nach.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



Showdown

Francesco Benini

Bald ist Weihnachten. Einer Tradition folgend, stellt die «NZZ am Sonntag» neue Bücher vor, die als Geschenke besonders geeignet sind:

Berset, Alain: Ganz Bern träumt von der Rentenreform.

Parmelin, Guy: Von der allmählichen Verfertigung der Gedanken nach dem Entscheid.

Cassis Ignazio: Vorteile einer italienischen Staatsbürgerschaft.

Ruefer, Sascha: Man spricht deutsch.

Nielsen, Claudia: Eisenschrot und Peitsche. Moderne Führungskultur. 3. Auflage.

Cassis, Ignazio: Nachteile einer italienischen Staatsbürgerschaft.

Leutenegger, Filippo: Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus (vorausgesetzt, die Sonnenschirme halten).

Wolff, Richard: Auf zum letzten Gefecht! Die Zürcher Stadtpolizei erkämpft das Menschenrecht.

Glärner, Andreas: Hass macht hässlich.

Meyer, Andreas: Wer aus der Bahn geworfen wird, hat wohl eine Weiche falsch gestellt. Kalendersprüche.

Cassis, Ignazio: Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft bei Pro Tell.

Moret, Isabelle: Misserfolg als Scheitern.

Burkhalter, Didier: Jeder Abschied ist ein kleiner Tod.

De Weck, Roger: Wem sagst du das?

Medienkritik

Promi, komm raus, du bist umzingelt!



Peer Teuwsen

Was für ein wunderliches Medienwesen er doch ist, dieser Prominente, den meisten nur bekannt in der Kurzform als «Promi». Er hat sich einmal im Leben mit irgendeiner Begabung in irgendeinem Betätigungsfeld hervorgetan und wird von den Medien seitdem, mangels Personal, gehätschelt wie ein geliebtes Haustier, manche werden sogar künstlich beatmet. Und ab und an, wenn er nicht artig ist, schimpft man auch ganz böse mit ihm. Der Prominente ist das Schmiermittel einer gigantischen Aufmerksamkeitsmaschine, auf das kein Medium mehr verzichten will. Jeden Tag wird er aus dem Busch geklopft und muss einer Story das gewisse Etwas verleihen. Auch wenn er eigentlich nichts zu sagen hat. Bloss, man ist ja voneinander abhängig.

Aber wehe, der Prominente ist nicht erreichbar! Dann folgen gewisse Medien dem Grundsatz: Promi, bist du nicht willig, so brauche ich Gewalt. Vergangenen Sonntag war offenbar mal wieder eine solche Zwangsmassnahme angebracht. Die «Sonntags-Zeitung» und der «Sonntags-Blick» suchten einen weiteren Dreh, um die «Trendgeschichte» No-Billag, wie sich eine



Der ungeheure Vorwurf: Einige Prominente äusserten sich nicht gegen die No-Billag-Initiative.

Ringier-Sprecherin ausdrückte, am Leben zu erhalten. Sie titelten, in seltsamem Gleichklang: «Schweizer Popmusiker lassen SRG im Stich» und «TV-Liebhaber lassen SRF im Stich». Der ungeheure Vorwurf: Einige Prominente äusserten sich nicht gegen die No-Billag-Initiative – und zeigten so dem Schweizer Fernsehen die kalte Schulter, dem sie doch so viel zu verdanken hätten. Die Ungeheuerlichkeit wurde von den Online-Medien natürlich sofort fleissig weiterverbreitet.

Dumm nur, dass einige dieser Prominenten offenbar von den beiden Zeitungen gar nicht angefragt wurden. Man nahm also ihr Schweigen stillschweigend als Einverständnis, ihr Schweigen zu monieren. Das war nun doch ein arg dissonanter Dreiklang, den die Prominenten so natürlich nicht verhallen lassen konnten. Sie empörten sich artig darüber, nicht angehört worden zu sein, und äusserten – endlich! – ihre unterschiedene Missbilligung gegenüber der Initiative. Womit schon die nächste Story geboren war, ein Musterbeispiel eines Perpetuum mobile.

Der gemeine Bürger wird daraus für sich wohl den Schluss ziehen, um keinen Preis prominent zu werden. Was aber sollen die Medien aus diesem Vorfall lernen? Vielleicht, dass der Prominente auch ein Mensch ist. Und kein Zirkuspony, das man auf- und abtreten lassen kann, wie man will. Und der Prominente? Nun, er wird sich wohl die Kunst der Verweigerung aneignen müssen. Gut, aber dafür müsste er ja erst mal gefragt werden.

Grenzerfahrung

Einer mit Rückgrat



Barbara Hofmann

Demokratie bedeutet aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger vor allem das Recht, die eigene Meinung vertreten zu können – durchaus auch kämpferisch. Für Exekutivpolitiker bedeutet Demokratie etwas anderes. Sie müssen in einer bunt gepuzzelten Meinungslandschaft Mehrheiten gewinnen. Deshalb neigen sie oft zum Opportunismus, frei nach dem Motto «Was geht mich meine politische Überzeugung von gestern an».

Wenn einer nicht in dieses Schema passt, ist das der derzeitige Tessiner Regierungspräsident Manuele Bertoli. Der blinde Politiker von der SP zeigt immer wieder bemerkenswert viel Rückgrat.

So hat er diese Woche vor dem Parlament und vor einigen Dutzend Demonstranten im Grossratsaal offen das Versagen der Regierung im Fall von ungesetzlichen Vergabepraktiken im Asylbereich bekannt. Dort waren Aufträge an eine Sicherheitsfirma in mehrfacher Millionenhöhe jeweils ohne Ausschreibung und ohne Regierungsbeschluss vergeben worden. Und zwar an eine Firma, welche die zuständige Mitarbeiterin im Sozialdepartement mit Zuwendungen für die Ferien bedachte, von denen auch ihr Partner,

der CVP-Kantonpräsident, profitierte. Nachdem die Medien diese und andere Sachverhalte ans Licht gebracht hatten, setzte das Parlament am Montag eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ein.

Zwei Tage später, am Mittwoch, stellte das Finanzdepartement den Gesetzesentwurf zur Einführung eines Mindestlohns vor. Der Entwurf wird nicht nur von Grünen und Linken, sondern auch vom Tessiner Industrieverband AITI kritisiert, da der Ansatz mit unter 20 Franken Stundenlohn viel zu niedrig sei und letztlich Staatslohndumping bedeute. Profitieren würden – entgegen der ursprünglichen Absicht – zwei Drittel der Grenzgänger, schrieb der Industrieverband. Regierungspräsident Manuele Bertoli blieb der Pressekonferenz zur Vorstellung der Gesetzesbotschaft über den Mindestlohn fern. Er könne diesen Entwurf nicht vertreten und er stehe auch nicht dahinter, schrieb er danach auf Facebook zuhanden der Tessiner Bevölkerung.

Politiker mit Rückgrat sind rar im Kanton Tessin. Dass sich der Regierungspräsident und Erziehungsdirektor Manuele Bertoli trotz seiner Erblindung an die Regierungsspitze des Südkantons hochgearbeitet hat, ist darum kein Wunder. Es hat damit zu tun, dass er bei der Bevölkerung schon immer viel Respekt genoss, gerade weil er sich selber stets treu blieb. Er gehört in die Reihe der profilierten Staatsmänner, die das Tessin hervorgebracht hat – ob man seine Meinung im Einzelfall nun teilt oder nicht.

Barbara Hofmann ist Korrespondentin für deutschsprachige Medien im Tessin.